

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Abend), 3. September 2014

Erziehungsdirektion

28 2013.RRGR.1358 Motion 010-2014 Müller (Bowil, SVP)

Reduktion Personalbestand im Amt für Kultur

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 010-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☒
Geschäftsnummer: 2013.1698

Eingereicht am: 24.12.2013

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Müller (Bowil, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 23.01.2014

RRB-Nr.: 864/2014 vom 01. September 2014
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: Ablehnung

Reduktion Personalbestand im Amt für Kultur

Der Regierungsrat wird beauftragt, 2014 den Personalbestand beim Amt für Kultur um 20 Vollzeitstellen zu verkleinern.

Begründung:

Gemäss Antwort auf die Interpellation 191-2013, Frage 9, wurde der Personalbestand 2005 von 82,3 Vollzeitstellen bis 2013 um 51,7 auf 134 Vollzeitstellen aufgestockt. Dies mit der Begründung, die hohe Bautätigkeit habe die Aufstockung nötig gemacht.

Da nun ab 2014 das revidierte Raumplanungsgesetz in Kraft tritt, wird ganz sicher die Bautätigkeit zurückgehen, und darum kann auch eine vertretbare Reduktion der Vollzeitstellen im Amt für Kultur gemacht werden.

Antwort des Regierungsrats

Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine Richtlinienmotion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates gemäss Artikel 63 Absatz 3 des Gesetzes vom 4. Juni 2013 über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG; BSG 151.21). Der Regierungsrat hat dabei einen recht grossen Spielraum hinsichtlich des Grades der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Die Entscheidungsverantwortung liegt beim Regierungsrat.

Der Motionär verlangt, dass der Personalbestand im Amt für Kultur im Jahr 2014 um 20 Vollzeitstellen reduziert wird.

Der Personalbestand im Amt für Kultur betrug Ende 2013 131.29 Vollzeiteinheiten (VZE):

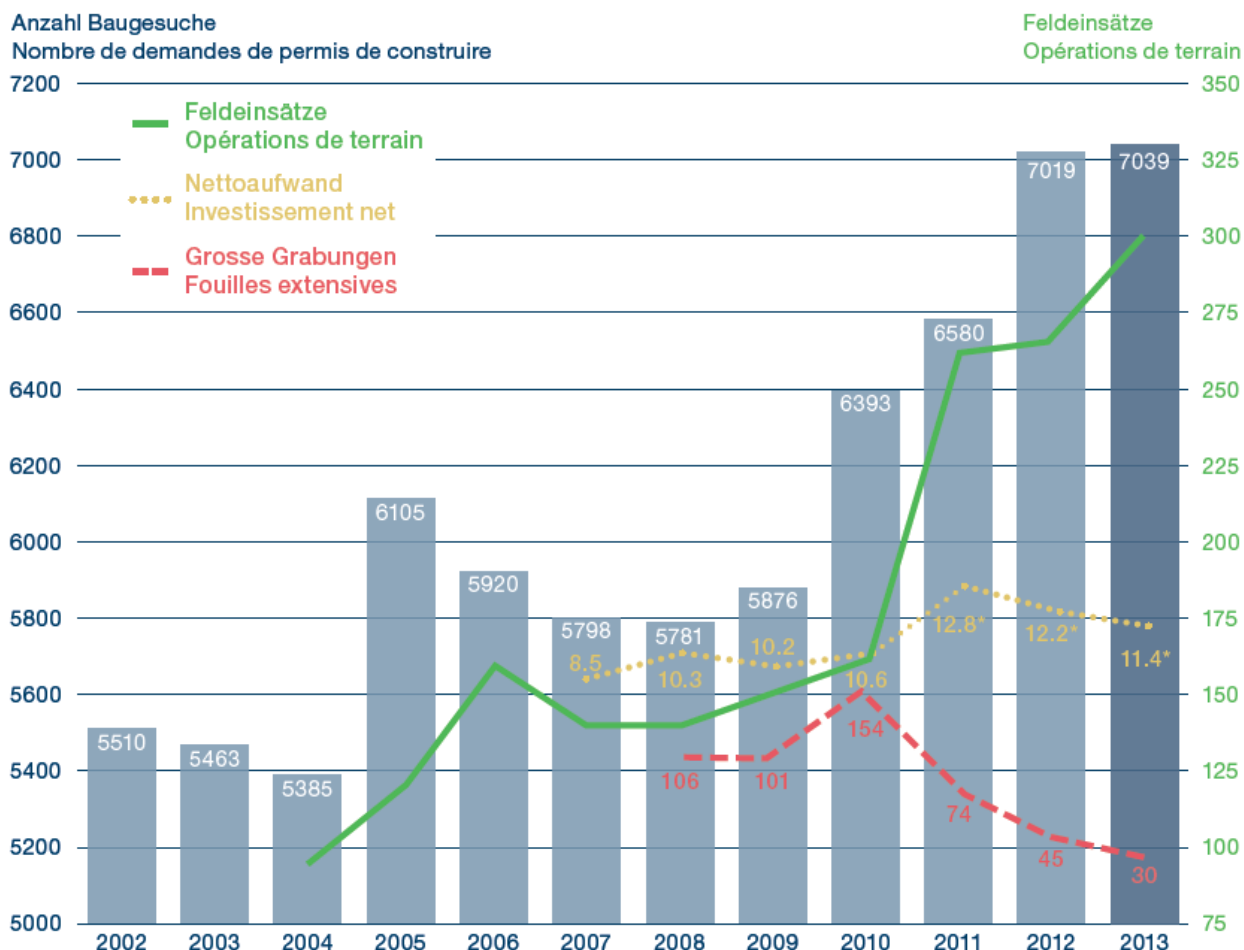
Jahr	Total Amt	Stab/Kulturförderung	Denkmalpflege	Archäologischer Dienst
2011	143.80	18.32	40.08	85.40
2012	135.59	17.92	41.01	76.66
2013	131.29	17.05	40.29	73.95

Wie in der kantonalen Verwaltung üblich erfolgt die Stellenbemessung im Amt für Kultur nach den ihm übertragenen gesetzlichen Aufgaben. Die Überprüfung durch BAKBASEL im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung ASP 2014 hat ergeben, dass die Kosten im Aufgabenfeld Kulturerbe mit 83 Prozent deutlich unter dem schweizerischen Mittel liegen und bei einem Zielkostenniveau von 92 Prozent kein technisches Sparpotenzial vorhanden ist.

Wie der Regierungsrat in der Beantwortung der Interpellationen 211-2012 Schmidhauser (Bremgarten, FDP) und 191-2013 Müller (Bowil, SVP) ausgeführt hat, war der Stellenzuwachs im Archäologischen Dienst in den Jahren 2005 bis 2010 vor allem auf vermehrte Rettungsgrabungen aufgrund der hohen Bautätigkeit und der tiefen Hypothekarzinsen zurückzuführen. Der archäologische Dienst muss gemäss Art. 23 des Gesetzes über die Denkmalpflege vom 8. September 1999 (DPG, BSG 426.41) Rettungsgrabungen durchführen, sofern archäologische Stätten und Funde nicht erhalten werden können.

Eine interne Verschiebung von Personalressourcen aus den Ressorts Auswertung und Fundkonservierung zu den Rettungsgrabungen wäre nicht zielführend und zweckdienlich gewesen, sondern hätte zu Umschulungsmassnahmen sowie zu grösseren Überhängen in diesen beiden Bereichen geführt.

Entwicklung von Bau und Archäologie im Vergleich Evolution comparée de la construction et de l'archéologie



* Miete Brünnenstrasse mitgerechnet (seit 2012 ausgelagert, AGG)

* Loyer de la Brünnenstrasse compris (dès 2012 transféré à l'OIC)

Mit 7039 Baugesuchen im Jahr 2013 (2012: 7019) hat die Baukonjunktur im Kanton Bern vermutlich ihren Höhepunkt erreicht. Eine Abnahme der Baugesuche bzw. einen Rückgang der Bautätigkeit prognostizieren Fachleute aus der Konjunkturforschung und dem Baugewerbe jedoch erst frühestens ab 2015. Die Gründe hierfür sind komplex und hängen nicht alleine vom 2014 in Kraft getretenen Raumplanungsgesetz ab.

Aufgrund der angespannten finanziellen Lage des Kantons und der steigenden Anzahl Einsätze hat der Archäologische Dienst ab Herbst 2012 begonnen,

1. die Baugesuche in archäologischem Perimeter einer stärkeren Auswahl zu unterwerfen und damit weniger Fachberichte zu schreiben,
2. die Anzahl der Grabungen durch Feldeinsätze mit Sondagen und Aushubbegleitungen zu reduzieren und
3. die wissenschaftlichen Untersuchungen bei Grossprojekten einzuschränken. Das heisst: werden auf der Grabung mehrere über einander liegende Schichten ohne wichtige Befunde (z. B. Auffüllschichten) erkannt, werden sie mit dem Bagger gesamthaft statt von Hand Schicht um Schicht abgetragen (= vertikale Strategie) oder: ist ein Siedlungsplatz erkannt, wird mit dem Bagger lediglich noch dessen Ausdehnung festgestellt und werden Funde aufgesammelt (= horizontale Strategie).

Dank diesem Vorgehen konnte trotz nochmaliger Zunahme der Baugesuche und anhaltend hoher Bautätigkeit die Anzahl der Grabungen und der Personalbestand reduziert, die Dauer der

Grabungen verkürzt, und somit die Kosten gesenkt werden: Der Nettoaufwand des Archäologischen Dienstes (unter Berücksichtigung der Mietkosten Brünnenstrasse) sank 2013 auf 11,4 Mio. Franken (2012: CHF 12,2 Mio.; 2011: CHF 12,8 Mio.).

Eine allfällige künftige Abnahme der Anzahl Baugesuche wird den Prüfungsaufwand beim Archäologischen Dienst reduzieren. Ein Rückgang in der Bautätigkeit wird zu einer weiteren Abnahme von archäologischen Rettungsgrabungen verbunden mit einem Personalabbau beim Grabungspersonal im Archäologischen Dienst führen.

Ein Abbau von 20 Vollzeitstellen im Archäologischen Dienst im Jahr 2014 bei nach wie vor hoher Bautätigkeit würde zu langen Verzögerungen bei Rettungsgrabungen beziehungsweise Stopps bei betroffenen Bauprojekten mit entsprechend hohen wirtschaftlichen Folgekosten führen.

Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat die Motion ab.

Der Regierungsrat beantragt:
Ablehnung

Präsidentin. Je vous prie de vous asseoir. On a déjà perdu cinq minutes. Nous ouvrons la séance de ce soir. Nous passons à l'affaire 28. Vu qu'il y a toujours des questions, je vous informe sur le programme de demain. Nous sommes à l'affaire 28, nous allons finir ce soir la Direction de l'instruction publique et après, nous allons tout de suite prendre la Direction de l'économie publique. Nous continuons ce soir jusqu'à 19 heures en principe. J'aimerais absolument avoir fini demain à midi. C'est pour cela que ce soir, nous continuons normalement jusqu'à 19 heures; si c'est 18 heures 50, nous ne ferons pas venir le directeur de la justice, mais comme cela nous aurons fini demain à midi. Nous passons tout de suite à l'affaire 28 de M. Müller, UDC «Réduction des effectifs à l'Office de la culture». Je vous prierais donc de vous annoncer M. Müller, quant aux autres députés, j'aimerais bien que vous vous calmez un tout petit peu. Je vous rappelle que l'on est en débat réduit, il n'y a donc pas d'intervenant à titre personnel. M. Müller a la parole.

Moritz Müller, Bowil (SVP). Letzte Woche las ich in den Medien, dass die im letzten Herbst beschlossenen 257 Stellen, die wir aufgrund des Sparprogramms abbauen müssen, nicht in diesem Rahmen abgebaut werden. Nur gerade 90 Stellen würden durch den Regierungsrat abgebaut. Das gab mir wirklich zu denken, und ich habe mich gefragt: Was machen wir hier im Grossen Rat? Wir haben gekämpft, wirklich zusammen gekämpft, um ein Sparprogramm, nach den Richtlinien, nach dem Benchmark von 92 Prozent, durchzubringen.

Für mich ist klar, dass es ganz sicher noch Sparpotenzial im Amt für Kultur gibt. Wir dürfen uns hier im Grossen Rat nicht durch Drohungen einschüchtern lassen, dass dann das Bauen eingeschränkt wird, Bauprojekte verzögert werden und so weiter. Im Amt für Kultur gibt es mehrere Bereiche, die nichts mit der Bautätigkeit zu tun haben. Wie bereits gesagt wurde, sieht zurzeit zwar die finanzielle Situation im Kanton Bern ein bisschen besser aus. Aber dies ist vordergründig betrachtet. Wenn man tiefer analysiert, dann werden wir ganz sicher wieder ein Sparpaket schnüren müssen! Und für mich ist dann ganz klar, wir dürfen nicht mehr mit diesem Benchmark arbeiten! Wir müssen die Optik für sämtliche Bereiche öffnen.

Ich bitte den Regierungsrat und den Grossen Rat, sich nicht zurückzulehnen, sondern weitere Sparmassnahmen zu ergreifen und die beschlossenen umzusetzen. Wie wollen Sie sonst gegenüber der Bevölkerung begründen, dass Sie sparen, wenn sie jetzt diese Motion für den Abbau von 20 Stellen im Amt für Kultur ablehnen. *(Die Präsidentin macht den Redner auf die abgelaufene Redezeit aufmerksam.)* Gut, ich bin gespannt! Ich komme noch einmal, dann sage ich Ihnen noch das Übriggebliebene.

Präsidentin. Je suis désolée, mais vous ne pouvez plus revenir! M. Leuenberger pour le PBD, c'est à vous.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Wir haben grundsätzlich Verständnis für diesen Vorstoss von Kollega Müller. Die BDP hat schon immer proklamiert, dass man beim Sparauftrag eben-

falls Stellenprozente in der Zentralverwaltung prüfen muss. Wir halten an dieser Aussage fest! Nichtsdestotrotz sind wir der Meinung, dass dieser Vorstoss in Form einer Motion zu starr und zu eng formuliert ist. Wir haben jetzt Anfang September, Kolleginnen und Kollegen! Bei Kündigungen von Staatsangestellten gelten gewisse Kündigungsfristen, und da sind wir nicht ganz sicher, dass dieser Auftrag, den Personalbestand um 20 Vollzeitstellen zu reduzieren, im Jahr 2014 auch wirklich vollzogen werden kann.

Daher haben wir Sympathie für das Anliegen, dass man sehr genau hinschaut, wie man in der Zentralverwaltung Stellen abbauen kann. Wir sind aber eher der Meinung, dass bei der Denkmalpflege noch ein gewisser Handlungsbedarf besteht und im Stab des Amts für Kultur. Daher möchten wir hier keine starre Motion. Es ist sicher nicht das sinnvollste, wenn man diesen Vorstoss in ein Postulat wandelt! Das hat Kollega Müller auch festgestellt, sonst hätte er nämlich schon lange gewandelt. Trotzdem sind wir der Meinung, dass man diesen Vorstoss nicht als Motion überweisen kann, weil er zu starr ist und weil das Vorstossziel, wie gefordert, im Jahr 2014, gar nicht mehr erreicht werden kann. Wir würden allenfalls ein Postulat unterstützen. Ich weiss, ein Richtlinienpostulat ist sehr vage. Aber in der Form einer Motion lehnen wir diesen Vorstoss ab.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Die vorliegende Motion enthält eine simple Forderung, kombiniert mit einer sicheren Konjunkturprognose für die Bauwirtschaft. Wenn doch die Politik immer so einfach wäre: Man nehme ein paar Zahlen, mische sie mit eigenem Bauchgefühl, verrechne sie mit einer Faustformel und schon liegt der Spareffekt auf dem Tisch! Als ob die Beamtdichte linear an Konjunkturdaten, Geburtenzahlen, Niederschlagsmengen etc. gekoppelt werden könnte. Dann müssten wir ja konsequenterweise nach grossen Niederschlägen, wie wir sie diesen Sommer hatten, im Amt für Umweltkoordination und Energie (AUE) neue Stellen fordern! Der Geist dieser Motion begegnet uns in Vorstössen, in unseren Fraktionsdiskussionen und etwa in Gespräch mit der Bevölkerung immer wieder.

Gemeint ist eine diffuse, mit persönlichen Erlebnissen angereicherte Vorstellung, dass im Personalbestand der Direktionen erhebliche Überkapazitäten bestehen würden. Ich gebe zu, dass wir uns auch in unserer Fraktion schon über einfache Diätrezepte mit Prozentzahlen unterhalten haben. Aber die meisten von uns, und vor allem gerade die Mitglieder der Exekutive hier im Saal, kennen das ungute Gefühl, das sich dann einstellt, wenn man einfach eine Zahl in die Luft hinaushängt. Intuitiv spüren wir nämlich, dass man mit einer schnellen Diätkur keine längerfristige Fitness erreichen kann.

Eine Stellenabbauauforderung in absoluten Zahlen, ohne seriöse Abklärungen und Erhebungen, wird den Aufgaben und Leistungen der Verwaltungen – egal ob kantonal oder kommunal – nie gerecht! In der Logik der wirkungsorientierten Verwaltungsführung – und ich bitte Sie doch, sich daran zu erinnern – müssten wir nämlich die Verwaltung über ihre Leistungen oder über die Produktesaldi steuern. Doch die Steuerung über die Stellenzahlen liegt nach Auffassung der EVP... *(Die Präsidentin macht den Redner auf die abgelaufene Redezeit aufmerksam.)* ... ganz klar im Kompetenzbereich der Regierung!

Mathias Müller, Orvin (SVP). Im Zeitraum 2005–2013 wurde das Amt für Kultur regelrecht aufgeblasen. Wenn wir im Jahr 2005 noch 82,3 Stellen hatten, waren es im Jahr 2013 bereits über 130. Das ist eine Zunahme von ungefähr 60 Prozent! Nun begründen wir diese Zunahme vor allem mit der Erhöhung der Anzahl Baugesuche. Das stimmt, die Anzahl Baugesuche hat zugenommen! Aber wenn man deren Zunahme im Zeitraum 2004–2013 betrachtet, waren es gerade mal etwa 30 Prozent. Somit ist diese Begründung nicht ganz gegeben. Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass beim Amt für Kultur ein Potenzial besteht, Stellen zu kürzen; nicht nur beim Archäologischen Dienst, sondern vor allem auch beim Stab und bei der Denkmalpflege. Ich denke, ein Kanton, der nicht gerade auf Rosen gebettet ist, muss zwischen wünschenswertem und notwendigem unterscheiden können. Meine feste Überzeugung ist, dass das Amt für Kultur sich diesbezüglich nicht wirklich im Bereich des Notwendigen befindet, sondern bestenfalls im Wünschenswerten. Es gibt andere Dinge wie Gesundheit, Bildung und so weiter, über welche man eher diskutieren kann! In diesem Sinne stimmt die SVP-Fraktion dieser Motion – abgesehen von einigen Enthaltungen – grossmehrheitlich zu und ich hoffe, die anderen tun dies auch.

Hans Rudolf Vogt, Oberdiessbach (FDP). Grundsätzlich bin ich auch der Meinung, dass beim Amt für Kultur im Bereich des Personals Einsparungen gemacht werden könnten. Das Anliegen sollte meines Erachtens jedoch im Rahmen des Budgets diskutiert werden. Die Motion Müller zielt

in die falsche Richtung. Wie wir gelesen haben, könnte sie sich fatal auf die Bautätigkeit auswirken, wenn nämlich später wegen der Personalreduktion Baustopps verfügt werden müssten. Darum lehnt die FDP-Fraktion diese Motion mehrheitlich ab. Einem Postulat könnten wir allenfalls zustimmen.

Bettina Keller, Hinterkappelen (Grüne). Wir haben in den letzten Jahren hier im Grossen Rat mehrmals über Sinn und Zweck der Archäologie gesprochen. Wir haben auch häufig schon zu erklären versucht, weshalb die Archäologie so und so funktioniert, was ihre gesetzlichen Grundlagen sind und weshalb man bei Baugesuchen untersuchen muss. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass heute innerhalb bestehender Orte gebaut wird. Es wird verdichtet. Wir sind wohl alle einverstanden, dass nicht Grünflächen überbaut werden, sondern erschlossene Gebiete.

Wenn Sie diese Tabelle hier anschauen (*die Rednerin bezieht sich auf die Tabelle in der Motionsantwort*), dann sehen sie die eindruckliche Zunahme der Baugesuche. Sie betreffen eben vor allem Flächen innerhalb von Siedlungsgebieten und verursachen dadurch Feldeinsätze, zum Teil Untersuchungen und zum Teil dann die grossen Grabungen. Sie sehen hier unten, wie die Anzahl der grossen Grabungen im Verhältnis zu den Baugesuchen eindrucklich abgenommen hat.

Die Zahlen sind vor allem auch so schnell gestiegen, weil man die Stellen sehr vieler Personen, die vorher Teilanstellungen hatten, im Stundenlohn oder befristet angestellt waren, in richtige Stellen umgewandelt hat.

Die grüne Fraktion ist selbstverständlich gegen diese Motion und ich möchte mich auch ein bisschen wehren. Ich weiss, es gibt in der SVP einige Leute, die differenziert argumentieren, die auch zuhören können, die auch einmal etwas besichtigen kommen und die bereit sind, sich auf etwas vertieft einzulassen. Aber gerade das letzte Votum hat mich doch etwas erschreckt und ich hätte beim Votanten für die SVP etwas mehr Differenziertheit erwartet.

Präsidentin. Pour le pvl, M. Zaugg. S'il y a des porte-parole de groupe qui veulent encore s'annoncer, ce serait le moment. A vous M. Zaugg.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Moritz, du verzeihst mir, wenn ich dich nun irgendwo in die Ecke von Peter Eberhard stelle, der aus einem persönlichen Frust heraus sagte, jetzt müsse man dieser Lebensmittelkontrolle einmal 1 Mio. Franken entziehen und der damit durchgekommen ist. Ich werde den Verdacht nicht los, dass du einen gewissen Frust über bestimmte Dinge in der Kultur hast, die vielleicht tatsächlich falsch gelaufen sind und dass du nun hier einfach mal irgendwo pauschal etwas streichen willst. Wenn man sieht, dass es gerade im Stab und in der Kulturförderung insgesamt 17 Stellen gibt, wird klar, dass man sie nicht um 20 reduzieren kann! Weiter hiess es, auch in der Denkmalpflege kann man noch einsparen. Somit würde quasi das Ganze zu Tode gespart! Wenn man die Kurve betrachtet, sehen Sie, dass bereits eine Abnahme stattfindet. Somit ist die Erklärung des Amts für Kultur wohl richtig, dass ein Mehraufwand eben tatsächlich mit der Bautätigkeit und den damit zusammenhängenden Notgrabungen zu tun hat. Das heisst wiederum, dass die Zahlen weiter zurückgehen werden, wie Sie es auch richtig gesagt haben. Das heisst, es wird sich ganz automatisch weiter reduzieren, aber vielleicht nicht um die 20 Stellen. Aus diesem Grund lehnt die glp diese Motion und auch ein allfälliges Postulat – das ja wirklich nichts bringt – entschieden ab.

Matthias Burkhalter, Rümligen (SP). Die SP-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen den Abbau von Stellen. Stellen, die es nicht braucht, kann man selbstverständlich abbauen. Aber Sie sehen auch, dass die Erziehungsdirektion oder das Amt für Kultur gut unterwegs ist. 2011–2013 wurden bereits 12 Stellen abgebaut. Ich glaube, sie haben dort erkannt, welches die Zeichen der Zeit sind. Ich möchte noch etwas ergänzen: Der Archäologische Dienst und die Denkmalpflege sind nicht «nice to have»! Es sind nicht einfache Dinge, die man tut, weil sie Spass machen und es Kultur ist. Vielmehr sind es gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben, die wir erfüllen müssen! Sie haben eine gesetzliche Grundlage! Zudem glaube ich nicht, dass die Zeit im Jahr 2014 noch reichen würde, diese Stellen abzubauen. Die SP-Fraktion lehnt sowohl die Motion wie auch ein Postulat ab.

Präsidentin. Je n'ai plus de porte-parole de groupe. M. le conseiller d'Etat, c'est à vous.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor. Dieser Vorstoss möchte im laufenden Jahr 20 Stellen im Amt für Kultur abbauen. Im Rückblick sehen wir, dass die Personalzunahme im Amt für Kultur zwi-

schen 2005 und 2011 im Archäologischen Dienst geschah. Aufgrund des neuen Gesetzes mussten befristete Stellen in unbefristete umgewandelt werden, wie Bettina Keller bereits darlegte. Der Haupteffekt bestand allerdings im Bauboom; Sie sehen das auf Seite 3 unserer Antwort. Das ist ja auch gut für unsere Wirtschaft. Der Bauboom jagte die Anzahl von 5500 Baugesuchen pro Jahr auf 7000 hinauf. So nahmen auch die Grabungskosten zu, weil es in den Siedlungsgebieten immer auch archäologische Funde gibt. Das erforderte Nachkredite und wir als Erziehungsdirektion haben reagiert. Ich bitte Sie, auch dies zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben reagiert!

Man muss zuerst merken, dass etwas passiert und welchen Effekt der Bauboom hat. Als man den Nachkredit machen musste, meinte man zuerst, es handle sich um einen einjährigen Ausreisser. Danach gab ich eine Vorgabe: Nein, ich möchte keine Nachkredite mehr. Man muss etwas ändern! Nun haben wir eine neue Grabungsstrategie eröffnet. Ihre Auswirkungen sehen Sie daran, dass die Kosten tatsächlich zurückgehen. Diese sind noch nicht dort, wo wir sie möchten, nämlich auf dem langjährigen Durchschnitt von 10 Mio. Franken. Wir sind noch unterwegs. Unser Ziel ist es, wieder zurück auf diese 10 Mio. Franken oder sogar darunter zu kommen.

Mit der neuen Grabungsstrategie ist das meines Erachtens möglich. Bei Grabungen untersuchen wir nun einen Teil korrekt nach den gesetzlichen Vorschriften und den anderen Teil nur noch summarisch, aufgrund der Erkenntnisse aus dem ersten Teil. Dies ist eine unter mehreren Massnahmen. Das hat Kosten und Personal gesenkt und wir hoffen, schon im Jahr 2014 für die Produktgruppe Archäologie keinen Nachkredit mehr holen zu müssen. Nun muss man die Leute zuerst ausbilden und die Grabungsstrategie anwenden, um zu sehen, ob sie läuft. Daher kann man nicht ganz so schnell umsteuern. So sind wir also noch unterwegs. Aber ich hoffe, wir brauchen schon dieses Jahr keinen Nachkredit mehr. Ich bin optimistisch! Der Vorstoss möchte jetzt eigentlich undifferenziert um 20 Stellen reduzieren. Er nimmt nicht zur Kenntnis, dass wir seit 2011 zwölf Stellen innerhalb des Archäologischen Dienstes abgebaut haben. Ich glaube, man müsste schon auch zur Kenntnis nehmen, dass wir reagiert und gezeigt haben, dass wir mit diesen Kosten wirklich auch herunter kommen wollen. Steuern Sie daher bitte über das Budget, was Sie ja zusätzlich machen. Ich will dieses Budget auch einhalten, wie ich soeben dargelegt habe. Steuern Sie bitte nicht mit einer solchen operativen Vorgabe, die relativ schwierig einzuhalten ist und die wirklich eine Regierungskompetenz betrifft. Darum lehnen Sie bitte sowohl Motion wie Postulat ab!

Präsidentin. Nous passons au vote sur la motion Müller «Réduction des effectifs à l'Office de la culture». Ceux qui acceptent cette motion votent oui, ceux qui la refusent votent non.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	42
Nein	85
Enthalten	11

Präsidentin. Vous avez refusé la motion.